

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ständigen Ausschusses

zu dem Antrag der Landesregierung vom 20. Mai 2011

– Drucksache 15/11

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Antrag der Landesregierung vom 20. Mai 2011 – Drucksache 15/11 – zuzustimmen.

25. 05. 2011

Der Berichterstatter:

Volker Schebesta

Der Vorsitzende:

Dr. Stefan Scheffold

Bericht

Der Ständige Ausschuss beriet den Antrag Drucksache 15/11 in seiner 1. Sitzung am 25. Mai 2011.

Der Ausschussvorsitzende wies eingangs darauf hin, dass das Plenum bereits am Folgetag abschließend beraten werde, sodass im Plenum gegebenenfalls mündliche Berichterstattung erfolgen müsse.

Ein Abgeordneter der CDU führte aus, in früheren Legislaturperioden sei der Landesregierung von Abgeordneten der SPD und der Grünen immer wieder vorgeworfen worden, zu groß zu sein. In diesem Zusammenhang sei sie aufgefordert worden, Ressorts zusammenzulegen, beispielsweise das Kultusministerium und das Wissenschaftsministerium. Deshalb seien die Abgeordneten seiner Fraktion überrascht darüber, dass die neue Landesregierung sowohl die Zahl der Minis-

terien als auch die Zahl der Regierungsmitglieder erhöht habe, und lehnten diese Erhöhung ab.

Manche der beabsichtigten Neuabgrenzungen seien durchaus sinnvoll, beispielsweise die Zusammenfassung dessen, was zum Bereich Energiepolitik gehöre. Auch die Zusammenfassung der Zuständigkeit für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren mit der Zuständigkeit für Kindergärten und Schulen sei sinnvoll und insofern zu begrüßen. Andererseits sei bedauerlich, dass ausgerechnet in einem Wirtschaftsland wie Baden-Württemberg das Wirtschaftsressort seine Eigenständigkeit eingebüßt habe, viele wichtige Zuständigkeiten dort abgebaut worden seien und der verbliebene Rest an ein anderes Ministerium angegliedert worden sei.

Mit der Schaffung eines eigenständigen Integrationsministeriums setze Baden-Württemberg in der Tat ein Zeichen, doch leider erfolge dies um den Preis einer Ausdehnung der Landesregierung und einer Aufblähung der Landesverwaltung.

Gerade mit Blick auf die Erhöhung der Zahl der Köpfe und der Zahl der Ministerien werde seine Fraktion dem Vorschlag zur Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien nicht zustimmen.

Abschließend merkte er an, für weiter gehende Ausführungen bestehe am Folgetag im Plenum Gelegenheit.

Ein Abgeordneter der SPD stellte in Aussicht, dass am Folgetag im Plenum ausführlich begründet werde, warum bestimmte Entscheidungen getroffen worden seien, und führte weiter aus, seine Fraktion erwarte wie auch die Landesregierung vom Neuzuschnitt eine deutliche Effizienzsteigerung und eine verbesserte Außenwirkung, insbesondere was die Wirtschaftspolitik angehe. Im Bereich des Wirtschaftsministeriums werde im Übrigen nichts gestrichen, sondern es erfolgten lediglich Neuordnungen.

Auch die Schaffung eines eigenständigen Integrationsministeriums sei sehr sinnvoll; denn hinsichtlich der Integration gebe es auch in Baden-Württemberg einen erheblichen Nachholbedarf, sodass dieses Thema auch in der öffentlichen Wahrnehmung künftig deutlich besser besetzt sein sollte. Im Übrigen könne wegen der Verringerung der Zahl der politischen Staatssekretäre von einer Aufblähung der Regierung keine Rede sein; es handle sich vielmehr um eine in der Sache begründete Effizienzsteigerung durch eine Neuordnung der Zuständigkeit.

Ein Abgeordneter der Grünen legte dar, die Landesregierung reagiere mit dem Neuzuschnitt der Ressorts auf veränderte Notwendigkeiten und Herausforderungen und korrigiere viele Zuordnungen, die sich in der Vergangenheit als nicht optimal erwiesen hätten. Auch aus seiner Sicht werde im Übrigen beispielsweise das Wirtschaftsressort nicht geschwächt, sondern vielmehr gestärkt, und ein Integrationsbeauftragter habe sich in der Vergangenheit als nicht ausreichend erwiesen, sodass die Schaffung eines eigenständigen Integrationsministeriums angezeigt sei.

Aus den genannten Gründen werde seine Fraktion dem Antrag der Landesregierung zustimmen.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP äußerte, hinsichtlich der neuen Landesregierung finde weder der Neuzuschnitt der Ressorts noch die gestiegene Zahl der Ressorts seine Zustimmung. Weitere Ausführungen erfolgten am Folgetag im Plenum.

Ein Abgeordneter der CDU stellte abschließend klar, sein Fraktionskollege habe nicht das neue Integrationsministerium an sich kritisiert, sondern vielmehr die Aufblähung des Kabinetts. Er erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass seitens SPD und Grünen bei bisherigen Kabinettsbildungen immer für eine Verringerung der Zahl der Ressorts plädiert worden sei, um in der Öffentlichkeit Signale zu setzen und Geld zu sparen, und er bitte SPD und Grüne, auch wenn sie den Blick nach vorn richten wollten, nicht zu vergessen, wofür sie früher plädiert hätten.

Der Ausschuss beschloss mit 10 : 9 Stimmen ohne Stimmenthaltungen, dem Plenum zu empfehlen, dem Antrag zuzustimmen.

08. 06. 2011

Volker Schebesta